



PROTOKOLLAUSZUG

zum

GEMEINDERAT

am Mittwoch, 27.10.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2011 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2010-2014 - Einbringung	Vorl.Nr. 417/10
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Zu Beginn der Sitzung wird den Mitgliedern des Gemeinderats der Entwurf des Haushaltsplanes 2011 und des Finanzplanes mit Investitionsprogramm 2010 – 2014, Vorl.Nr. 417/10 und 418/10, sowie die Mitteilungsvorlage Nr. 477/10, Veränderungen der Haushalts- und Finanzplanung 2011 – 2014 nach der GR-Klausur, als Tischvorlage vorgelegt.

Zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2011 und des Finanzplanentwurfs mit Investitionsprogramm 2010 – 2014 sprechen nacheinander OBM **Spec** und anschließend Stadtkämmerer Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen).

Beide Reden und die dazugehörige Präsentation sind als Anlage diesem Protokoll beigelegt und sind Bestandteil des Protokolls (Anlage 1 – Rede von Oberbürgermeister Spec, Anlage 2 – Rede und Präsentation von Stadtkämmerer Kiedaisch).

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2011 und des Finanzplanes mit Investitionsprogramm 2010 – 2014 wird zur Vorberatung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

TOP 1.1	Haushaltsplan 2011 - Entwurf (ANLAGE)	Vorl.Nr. 418/10
---------	---------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

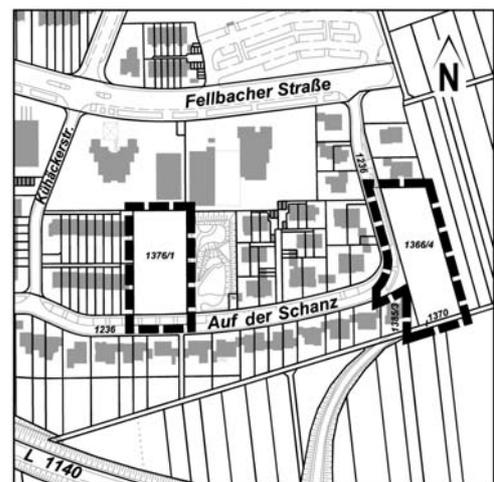
Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1, Vorl.Nr. 417/10.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1, Vorl.Nr. 417/10.

Beschluss:

I. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB (Baugesetzbuch) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangen sind, werden zur Kenntnis genommen. Sie führen nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander zu keiner Änderung der bisherigen Planung, die zu einer erneuten Beteiligung führen würden.



II. Aufgrund von § 10 BauGB und § 74 Landesbauordnung (LBO) in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung (GemO) werden entsprechend dem Antrag des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) vom 08.10.2010 der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften

**„Auf der Schanz“ Nr. 097/11
in Ludwigsburg-Oßweil**

nach Abwägung aller Belange als **S A T Z U N G** beschlossen.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 1376/1, 1366/4 sowie die Teilflächen der Flurstücke 1236 (Straße „Auf der Schanz“), 1370 (Landwirtschaftlicher Weg) und 1385/3 (privat genutzte Gartenfläche) auf der Gemarkung Oßweil.

Maßgebend ist der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 08.10.2010, bestehend aus dem Lageplan mit Zeichenklärung und Textteil sowie die Begründung vom 08.10.2010.

Diesem Beschluss wird die Abwägung/Stellungnahme des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) mit der Begründung des Beschlussantrages vom 08.10.2010 und deren Anlagen zugrunde gelegt.

III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gemäß § 13a (2) Nr.2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Die westliche Teilfläche (Bereich Flurstück-Nr. 1376/1) wird mit 29 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die östliche Teilfläche (Bereich Flurstück-Nr. 1366/4) wird mit 30 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Bergold (dienstlich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (krank)
Stadtrat von Stackelberg (beruflich verhindert)
Stadträtin Steinwand (Urlaub)

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 388/10 und auf das Ergebnis aus der Vorberatung im BTU.

BM **Schmid** merkt an, es gebe den Wunsch nach getrennter Abstimmung zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil. Dies wäre möglich.

Anschließend beantwortet Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) die aus der Vorberatung noch offene Frage zur Anrechnung der Stellplätze.

Im Rahmen einer kurzen Aussprache erklärt Stadträtin **Burkhardt**, dass ihre im BTU gemachte Aussage heute ebenfalls gelte.

Sodann lässt OBM **Spec** zunächst über die westliche Teilfläche (Bereich Flurstück-Nr. 1376/1) abstimmen.

Diese wird mit 29 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Danach lässt er über die östliche Teilfläche (Bereich Flurstück-Nr. 1366/4) abstimmen.

Diese wird mit 30 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Die „Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg“ erhält in § 6 folgenden Wortlaut:

§6**Verpflegungsgebühr**

- (1) die monatliche Verpflegungsgebühr wird ab einem Betreuungsumfang von VÖ7, GT8/GT9/10 erhoben, wenn die Einrichtung eine Essensversorgung anbietet. Die Verpflegungsgebühr beträgt 60 € im Monat.

- (2) Bei einem Betreuungsumfang von RG und VÖ 6 erfolgt eine taggenaue Abrechnung der Essensteilnahme. Ein Essen wird mit 3,00 € berechnet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Bergold (dienstlich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (krank)
Stadtrat von Stackelberg (beruflich verhindert)
Stadträtin Steinwand (Urlaub)

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht kurz auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 430/10 und die Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) ein.

In der sich anschließenden Aussprache nimmt Stadträtin **Burkhardt** Stellung und erklärt die Gründe für die Ablehnung der Vorlage. Sie weist dabei insbesondere darauf hin, dass das Thema Mittagessenausgabe für Kindergärten oder die Schulen den BSS im Jahr 2010 bereits mehrere Male beschäftigt habe. Weiter stellt sie fest, man sei der Meinung, dass in beiden Einrichtungen ein gesundes Essen zu den Versorgungsaufgaben gehöre, die die Kommunen in Schulen und Kindergärten haben. Die Versorgung müsse geregelt werden, sowohl was Preis und Qualität des Essens als auch was Ort und Personal betreffe. In ihren Ausführungen merkt sie insbesondere an, es wäre eine Ausschreibung unter Berücksichtigung von Qualitätsansprüchen dringend erforderlich, in die man auch die nichtstädtischen Träger einbeziehen könnte. Abschließend kündigt Sie einen Antrag für die Haushaltsberatungen an.

Stadtrat **Hillenbrand** führt aus, der Erhöhung könne nicht zugestimmt werden, und er begründet in seinen Ausführungen die Ablehnung der Vorlage.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert Stadträtin **Klett-Heuchert** die Gründe für die Ablehnung der Vorlage. Sie verweist außerdem auf die im Rahmen der Vorberatung gemachten Ausführungen im BSS.

Stadtrat **J. Heer** weist auf die ausführliche Vorberatung im BSS hin. Er führt aus, die FDP-Fraktion stimme der Vorlage zu und begründet dies kurz.

Stadträtin **Lange** erklärt die Ablehnung der Vorlage.

Für die FW-Fraktion erklärt Stadtrat **Kirnbauer** die Zustimmung zur Vorlage.

Stadtrat **Dr. Bohn** erinnert an die ausreichende Diskussion der Vorlage im BSS. Er weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion gegen die Vorlage gestimmt habe, da die Vorlage aus Sicht seiner Fraktion nicht ausreichend sei. Heute werde sich seine Fraktion zum großen Teil der Stimme enthalten.

Abschließend erläutert EBM **Seigfried** nochmals die Gründe für die Erhöhung und stellt dar, für was die monatliche Verpflegungsgebühr in Höhe von 60 Euro benötigt wird.

Sodann lässt OBM **Spec** über die Vorl.Nr. 430/10 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Zu Beginn der Beratung informieren OBM **Spec** und BM **Schmid**, dass die Stadt Ludwigsburg am Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ teilgenommen und in der Kategorie zwischen 20.001 und 100.000 Einwohner den 2. Platz erreicht habe.

Anschließend berichtet Herr **Dr. Fahl** (Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung IER) zum Gesamtenergiekonzept Ludwigsburg. Seine Ausführungen werden durch eine Beamerpräsentation ergänzt.

Die Präsentation zum Gesamtenergiekonzept ist als Anlage 3 dieser Niederschrift beigelegt und ist Bestandteil des Protokolls.

Im Anschluss an seinen Präsentation beantwortet er Fragen aus dem Gremium.

Abschließend merkt OBM **Spec** an, man werde dieses Thema im November in den Ausschüssen beraten.

Beratungsverlauf:

Es wird der aus der Vorberatung im WKV stammende abweichende Empfehlungsbeschluss Vorl.Nr. 457/10 zur Abstimmung gestellt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.2.1, Vorl.Nr. 457/10.

Beschluss:

- 1.) Die Stadt Ludwigsburg arbeitet als Modellkommune Elektromobilität mit der Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie Baden-Württemberg (e-mobil BW GmbH) zusammen.
- 2.) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat ein Konzept zur Entwicklung der Elektromobilität in Ludwigsburg vorzulegen.
- 3.) Das für die Projektleitung zur Steuerung des Vorhabens erforderliche Personal mit 0,5 Stellenanteilen wird durch Umorganisation zur Verfügung gestellt.
- 4.) Die Stadtverwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob die Personalstelle dem regionalen Kompetenzzentrum Energetikom zugeordnet wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Bergold (dienstlich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (krank)
Stadtrat von Stackelberg (beruflich verhindert)
Stadträtin Steinwand (Urlaub)

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 438/10 und auf den aus der Vorberatung im WKV stammende abweichende Empfehlungsbeschluss Vorl.Nr. 457/10. Anschließend stellt er den abweichenden Empfehlungsbeschluss, Vorl.Nr. 457/10, zur Abstimmung.

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 443/10 und den gemeinsamen Antrag der CDU-, FW- und FDP-Fraktion, Vorl.Nr. 444/10, gemeinsam und in dieser Reihenfolge zur Beratung auf.

Zunächst begründet Stadtrat **Dr. Vierling** den Antrag seiner Fraktion, Vorl.Nr. 443/10. Er nimmt dabei Stellung zum Bahnprojekt Stuttgart 21 und begründet die Ablehnung des Projekts.

Anschließend nimmt Stadtrat **Herrmann** Stellung zum gemeinsamen Antrag, Vorl.Nr. 444/10 und spricht sich für das Projekt aus. In seinen Ausführungen stellt er insbesondere die Vorteile des Bahnprojekts Stuttgart 21 für Ludwigsburg dar. Zum generellen Verfahren merkt er an, dass die Stadt Ludwigsburg beim Thema Stuttgart 21 nichts zu entscheiden habe.

Stadtrat **Dr. Bohn** erläutert in seinen Ausführungen insbesondere das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der SPD-Fraktion. Ein Teil der Fraktion sei der Meinung, dass es bei diesem Projekt kein zurück mehr geben könne. Ein großer Teil kritisiere die mangelnde Kommunikation in den letzten Jahren und setze sich für einen Volksentscheid ein.

Stadtrat **Hillenbrand** merkt an, es gehe um zwei Themen. Zum einen ob die Entscheidung damals rechtsstaatlich war oder ob sie heute noch ist. In seinen Ausführungen geht er dabei auf verschiedene Argumente der Bahn ein und stellt fest, aufgrund unzureichender Informationen stimme die Geschäftsgrundlage heute nicht mehr. Der zweite Aspekt sei die Frage, weshalb Ludwigsburg zur Finanzierung von Stuttgart 21 herangezogen werde.

Stadtrat **Müller** erklärt zu Beginn seiner Ausführungen, dass er als Laie spreche und er trägt seine Gedanken zum Thema Stuttgart 21 vor.

Stadträtin **Burkhardt** geht in ihren Ausführungen insbesondere auf die Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf Ludwigsburg ein.

Stadträtin **Schittenhelm** findet es schade, wie OBM Spec das Thema in das Gremium gebracht hat. In ihren weiteren Ausführungen geht sie auf verschiedene Aussagen aus dem Gremium ein.

Stadtrat **Lettrari** erklärt, er stimme im Wesentlichen den Aussagen von Stadtrat Müller zu.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt fest, die FW-Fraktion fühle sich von den Aussagen von Stadtrat Herr-

Protokollauszug Gemeinderat 27.10.2010

mann vertreten und stimme diesen und dem Antrag Vorl.Nr. 444/10 zu.

Zum Schluss der Beratung geht OBM **Spec** auf verschiedene Themen und Aussagen aus dem Gremium ein. Er stellt außerdem fest, dass Teile des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unzulässig seien und verliest kurz die Stellungnahme der Geschäftsstelle Gemeinderat bzw. des Regierungspräsidiums Stuttgart, die dem Antrag in Papierform beigelegt ist. Er erkundigt sich bei Stadtrat Dr. Vierling, ob dieser einverstanden sei, dass beim Antrag seiner Fraktion, Vorl.Nr. 443/10, der unzulässige Teil ausgeklammert werde.

Stadtrat **Dr. Vierling** stimmt dem zu.

Sodann stellt OBM **Spec** zunächst den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 443/10, zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend stellt er den gemeinsamen Antrag der CDU-, FW- und FDP-Fraktion, Vorl.Nr. 444/10, zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird mit 24 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Antrag

Die Stadt Ludwigsburg erklärt ihre Ablehnung des Bahnprojekts Stuttgart 21.

Sie hält es nicht für hinnehmbar, dass die Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürger über die Kreisumlage die Kosten für die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs mit jährlich 332.000 €, insgesamt über das Jahrzehnt hinweg rund 3 Mio. €, finanzieren müssen, während sich die Situation ihres öffentlichen Nahverkehrs verschlechtert.

Die Stadt Ludwigsburg setzt sich beim Verband Region Stuttgart dafür ein, dass dieser seine Finanzierungszusage in Höhe von 100 Mio. € für das Bahnprojekts Stuttgart 21 zurück zieht. Sie fordert den Verband auf, für das Jahr 2011 keine Stuttgart-21-Umlage zu erheben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Bergold (dienstlich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (krank)
Stadtrat von Stackelberg (beruflich verhindert)
Stadträtin Steinwand (Urlaub)

Beratungsverlauf:

Teile des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind unzulässig und werden bei der Abstimmung über den Antrag ausgeklammert.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 443/10, wird mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5, Masterplan Mobilität – Überregionale Schienenverkehrskonzeption.

Beschluss:

Antrag

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm in der demokratisch legitimierten Form umgesetzt und gebaut werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 24 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Bergold (dienstlich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (krank)
Stadtrat Kopp (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (krank)
Stadtrat von Stackelberg (beruflich verhindert)
Stadträtin Steinwand (Urlaub)

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5, Masterplan Mobilität – Überregionale Schienenverkehrs-konzeption.